

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 63 (1984)
Heft: 1

Artikel: Gedanken zur Regierungsbeteiligung : Spielregeln beachten
Autor: Graf, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340091>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

politischen Gegner gegenüber fairer.

Am deprimierendsten für mich persönlich ist festzustellen, dass auch Sozialdemokraten, die ihre Informationen aus bürgerlichen Zeitungen beziehen, in das Geschrei gegen Helmut Hubacher einstimmen. Da werden Konsequenzen in der Parteileitung gefordert, nur weil Helmut Hubacher fairerweise formuliert hat, wie weit wir uns von unserem politischen Gegner «misshandeln» lassen. Wir dürfen uns doch nicht täuschen lassen: Lilian Uchtenhagen war den Bürgerlichen als profilierte Sozialdemokratin nicht genehm. Sie wäre auch ohne präsidiale Erklärung nicht gewählt worden. Vielleicht aber hätten wir dann auch den Bundes-

kanzlersitz verloren. Hängt die Haltung derer, die ihre Pfeile gegen Helmut Hubacher richten, davon ab, dass sie nicht zu unserer schweren Niederlage stehen können? Oder lassen wir es gar noch so weit kommen, dass wir nebst unseren SP-Bundesräten auch noch unseren Parteipräsidenten durch die bürgerlichen Parteien wählen lassen?

Der Bürgerblock hat uns gezeigt, und dies nicht zum ersten Mal, wieviel er von unserer Regierungsbeteiligung hält. Unsere Glaubwürdigkeit hängt davon ab, dass wir daraus die Konsequenzen ziehen. Der Auszug aus dem Bundesrat scheint mir im Moment richtig zu sein. Dies hätte für mich keine Auswirkung auf die Kantone

und Gemeinden, weil die Ausgangslage bei Volkswahlen völlig anders ist. Auch müsste dieser Rückzug selbstverständlich nicht ein Fernbleiben aus der Regierungsverantwortung für alle Zeiten bedeuten.

Zum jetzigen Zeitpunkt könnten wir nur gewinnen, wenn wir wieder voll zu unserer Politik stehen können, ohne durch das Kollegialitätsprinzip daran gehindert zu werden. Man denke nur an die Bundesfinanzen oder an die wichtigen Fragen im Zusammenhang mit der Umwelt und im Energiebereich. Die Bundesratswahl hat das Fass zum Überlaufen gebracht: Die Zauberformel ist tot.

Guido Weber

Gedanken zur Regierungsbeteiligung

Spielregeln beachten

Von Peter Graf

Ist Otto Stich ein Sozialdemokrat im Bundesrat? Muss sich das neue Mitglied der Landesregierung nach einem eventuellen Austrittsentscheid des sozialdemokratischen Parteitages in eine Frau verwandeln, damit die politische Landschaft wieder erträglich wird? Beide Fragen treffen den Sachverhalt nicht, mit dem wir uns auseinandersetzen müssen. Die Antwort auf die erste Frage ist ein unbestrittenes Ja und eine Geschlechtsumwandlung würde das Problem nicht lösen. Abgesehen davon, dass sie ein schlechter Witz ist.

Gefragt ist Gesprächsbereitschaft und Gestaltungskraft im Bereich der Institutionen und politischen Rechte, damit die Regierungsbeteiligung auch in Zukunft politisch vertretbar bleibt. Dazu sind eine Reihe

von Gemeinsamkeiten notwendig.

Kein Zweifel: Die Wahl von Otto Stich hat sich nach den geltenden Spielregeln abgewickelt. Er ist von einer Mehrheit der Bundesversammlung gewählt worden. Und die Bundesversammlung hat ihr Recht wahrgenommen, eigenen personellen Vorstellungen zu einer Mehrheit zu verhelfen. Das ist nicht neu. Die Geburt der Zauberformel im Jahre 1959 war begleitet vom Signal der bürgerlichen Mehrheit, über die Vorschläge der sozialdemokratischen Fraktion hinwegzugehen. Wir haben von diesem Recht selber auch Gebrauch gemacht, als wir nicht Henri Schmitt und Enrico Franzoni wählten, sondern Georges-André Chevallaz und

Hans Hürlimann. Roger Bonvin war eine pure sozialdemokratische Kreation unter Führung von Genosse Charles Dellberg. Bonvin hatte bei der CVP am wenigsten Stimmen und wurde im Parlament gewählt. Fazit: die Zauberformel ist für alle Fraktionen ohne jeden Zauber, ebenso wie ohne jeden politischen Inhalt.

Empfindlich auf die Probe gestellt wurde das Miteinander diesmal, weil es darum gegangen wäre, eine Frau aus der Sozialdemokratie zu wählen. Ihre Fähigkeiten waren unbestritten. Also zog man aus, um eine Schlammschlacht ohnegleichen durchzuführen. Willy Spühler hat die Unterscheidung in einem Fernsehinterview beleuchtet: Einem Mann wären persönliche Eigenschaften niemals in dieser Art und Weise öffentlich vorgehalten worden. Die Bürgerlichen mochten zudem den Sozialdemokraten die erste Frau im Bundesrat nicht gönnen. Und insbesondere nicht diese Frau: tüchtig, gescheit,

zielbewusst, durchsetzungsfähig. Der äusseren Linken in der Partei hat sie nie angehört. Dogmatismus ist ihr ein Greuel. Wir haben uns in der Hoffnung gewiegt, dass Lilian für diese bügerliche Mehrheit im Parlament wählbar sei. Als Minderheit im Parlament und in der Regierung sind wir vor einer solchen Wahl mehr als die Bürgerlichen auf Absprachen, Sondierungen und subtile Abklärungen mit den Meinungsmachern in den Fraktionen des Gegners angewiesen, und die Meinungsmacher sind oft nicht die Fraktionsvorstände und Parteiführer. Nur so haben in der Vergangenheit Wahlen überhaupt stattgefunden. Hätte man diese Abklärungen dieses Mal in aller Seriosität und frühzeitig vorgenommen, wäre man von einer Nichtwahl Lilians nicht überrascht worden. Man hätte wohl nach einem anderen Kandidaten Ausschau halten müssen. Von acht Sozialdemokraten in der Landesregierung sind bisher drei nicht jene gewesen, die Partei und Fraktion wollten. In fünf Fällen haben die Bürgerlichen unsere Vorschläge angenommen.

Willy Spühler hat im Fernsehen zwei Dinge gesagt. Die Partei müsse die Regierungsbeteiligung diskutieren, die Spielregeln müssten neu besprochen und festgelegt werden und — die Partei müsse in der Regierung bleiben. Zur Wahrnehmung der Arbeitnehmerinteressen ist die Regierungsbeteiligung von absoluter Notwendigkeit. Die Opposition spielt in unserem politischen System das Volk mit Initiativen und Referenden. Die Partei hat ihre Oppositionsrolle mit diesen Volksrechten wahrzunehmen.

Der erste Journalist, der vom Ende der Zauberformel ge-

schrieben hat, war Frank A. Meyer, der weit über die üblichen Aufgaben eines Journalisten hinaus eine wesentliche Rolle bei der Meinungsbildung führender Politiker in verschiedenen Lagern spielt.

In der «Schweizer Illustrierten» in der Woche vor der Wahl hat er folgendes geschrieben: «Es ist nicht einzusehen, weshalb diese Möglichkeit (der Trennung von der Regierungsgewalt, p.g.) nicht offen erwogen wird.» Meyer schreibt ferner: «Die SPS findet zunehmend ausserhalb der gedämpften Bundesratsatmosphäre statt... es ist ein geschichtlicher Prozess.»

Da gebärdet sich ein Analytiker so, als ob das seit 1959 nicht immer so gewesen wäre. Die SPS hat immer inner- und ausserhalb «der Bundesratsatmosphäre» stattgefunden. Das ist nicht neu. Wir unterstützen momentan über ein Dutzend Initiativen und haben selber ein halbes Dutzend lanciert. Nochmals: Wir wussten immer, dass das Volk die Opposition spielt.

Ständerat René Meylan schrieb am 18. Oktober 1977 zur Regierungsbeteiligung etwas sehr Bedeutsames: «Die Opposition ist nur ein Mittel, sie ist nicht ein Ziel an sich. Opposition um der Opposition willen betreiben, nützt nichts. Das zeugt nicht von Mut, noch dient es den Interessen der Arbeitnehmer, noch ist das schwierig. Sich täglich dort zu schlagen, wo Entscheide getroffen werden und dabei Ergebnisse erzielen, das ist echter Mut.» Die Leistungsbilanz von Willi Ritschard zeigt eine lange Liste von Niederlagen. Aber sie enthält auch eine ganze Reihe von Erfolgen. Willi war da, wenn die Schlachten geschlagen wurden. Er war meistens, aber nicht immer in der Minderheit.

Hans-Peter Tschudi hat im August 1979 in der Gewerkschaftspresse zur Regierungsbeteiligung geschrieben: «Nicht eine bestimmte oppositionelle Minderheit bekämpft bei uns mit viel Lärm, aber ohne Erfolg, die Regierungsentwürfe, sondern je nach dem zur Debatte stehenden Gegenstand kritisierende wechselnde Gruppen die Vorlage und bemühen sich darum, sie zu verändern... Durch das Ausscheiden aus der Regierungsverantwortung könnte sich die Politik der sozialdemokratischen Fraktion in den eidgenössischen Räten nicht grundlegend ändern.»

Für Tschudi liegt das Hauptargument der Regierungsbeteiligung darin, dass der Bundesrat nicht nur Exekutive ist, sondern Leitung. «Die politische Planung kann nur von der Regierung in Verbindung mit Verwaltung und Wissenschaft vorgenommen werden. Damit gestaltet sie die Zukunft in entscheidender Weise.»

Wie schon gesagt: Wir müssen die Bundespolitik, solange wir können, aktiv mitgestalten. Gleichzeitig müssen wir uns um die Institutionen kümmern. Die Rolle des Ständerates entspricht nicht mehr der wirklichen Bedeutung der Kantone und ihrer Bevölkerung. Wir sollten auf eine Änderung der politischen Rechte hinwirken. Wir brauchen die Gesetzesinitiative. Das Wahlsystem für den Nationalrat muss so geändert werden, dass Linke und Konservative sich an der Macht ablösen können. Und schliesslich müssen wir ein politisches Minimalprogramm nennen, das unser Preis für die Regierungsbeteiligung sein muss, den wir den Bürgerlichen abverlangen. Für diese Reformen müssen wir in Volk und Ständen eine Mehrheit finden.